

## Bilanz 2008: KMW-Kohlekraftwerk bis heute nicht genehmigt!

### Das Bündnis setzt sich dafür ein, dass es so bleibt – Helfen Sie mit!

Die KMW (Kraftwerke Mainz Wiesbaden AG) hat ihr für 2008 selbstgesetztes Etappenziel, wenigstens einen ersten Immissionsvorbescheid für das geplante Importkohle-Großkraftwerk auf der Ingelheimer Aue zu erhalten, klar verfehlt. Damit ist auch die voreilig für den 15.01.09 beantragte Teilbaugenehmigung hinfällig. Das ist ein erster Teilerfolg des entschlossenen, engagierten und sachkundigen Widerstandes, der dem Projekt seit Jahren von Politik, Parlamenten und Zivilgesellschaft entgegengebracht wird und der in 60.000 Einwendungen aus der gesamten Region seinen Ausdruck gefunden hat. Es ist aber auch die Quittung für die oft erschütternde Fahrlässigkeit des Antragstellers, welche es der Genehmigungsbehörde SGD-Süd bisher unmöglich gemacht hat, abschließend über das Vorhaben zu befinden. Wir werden das laufende Verfahren auch weiter kritisch begleiten und die Mitarbeiter der Behörde darin unterstützen, die offensichtlichen und gravierenden Mängel des Antrags nicht aufgrund vermeintlichen wirtschaftlichen oder politischen Drucks zu übersehen.

#### **Die Initiatoren und Unterzeichner des Bündnisses sind aus folgenden Gründen davon überzeugt, dass der Antrag nicht positiv beschieden werden kann und eine Bau- oder Betriebsgenehmigung auf keinen Fall erteilt werden darf:**

Die demokratisch gewählten Vertreter der beiden KMW-Betreiberstädte Mainz und Wiesbaden haben sich in wiederholten Beschlüssen klar gegen das Projekt ausgesprochen. Die Oberbürgermeister beider Städte, zugleich als Aufsichtsräte an die vermeintlichen Interessen der KMW gebunden, verweigern bis heute die Umsetzung dieser Parlamentsvoten. In Hessen und Rheinland-Pfalz entscheiden derzeit die Gerichte bzw. kommunalen Aufsichtsbehörden über die Rechtmäßigkeit dieser Verweigerungshaltung. Es wäre unzulässig, diesen schwebenden Verfahren mit einem Bescheid in der Sache vorzugreifen.

Das wasserrechtliche Genehmigungsverfahren, für den Betrieb des geplanten Kraftwerks absolut unverzichtbar, ist nach Aktenlage noch weit von einem eindeutigen (und vermutlich für die KMW negativen) Abschluss entfernt.

Die baurechtlichen Bedingungen des Kraftwerksstandortes Ingelheimer Aue sind weiter ungeklärt, da die ADD in Trier sich seit Monaten außer Stande sieht, zu überprüfen, ob eine vom Mainzer Stadtrat beschlossene Veränderungssperre rechtsgültig ist oder nicht. Von „Rechtssicherheit“ als Voraussetzung einer Teilbaugenehmigung kann also keine Rede sein.

Im Auftrag der Genehmigungsbehörde erstellte unabhängige Gutachten zum Natur- und Landschaftschutz bestätigen schwerste Beeinträchtigungen durch das Projekt für das Landschaftsbild und empfindliche Naturräume wie den Mainzer Sand.

Das bisher zugrundegelegte Immissions-Berechnungsverfahren berücksichtigt weder die Vorbelastung der Region, die spezifische Topographie noch die häufigen Inversionswetterlagen. Als Entscheidungsgrundlage sind zunächst die im Einwendungsverfahren beantragten Neuberechnungen nach alternativen, geeigneteren Modellen durchzuführen.

Die Stadt Wiesbaden, der Rheingau-Taunus-Kreis, Naturschutzverbände und zahlreiche Bürger haben bereits jetzt angekündigt, gegen einen wider erwarten positiven Immissionbescheid Widerspruch einzulegen und ggf. den Klageweg zu beschreiten. Rechtssicherheit läge somit erst nach dem Abschluss dieser Verfahren vor. Alle vorher bereits begonnenen Baumaßnahmen erfolgten somit auf Kosten und Risiko der KMW-Kunden und -Aktionäre, also eben jener Betreiberstädte, die sich inzwischen ausdrücklich gegen das Projekt ausgesprochen haben. Dieser teure Aberwitz auf Kosten aller muss verhindert werden.

Sollte kein anderes Mittel mehr helfen, so werden einzelne Unterzeichnende dieser Erklärung den Weg vor die Gerichte nicht scheuen. Um sie hierbei ggf. zu unterstützen, ist am 18.12.08 das „**Bündnis für eine Kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden e.V.**“ begründet worden, das die in ihm zusammengeschlossenen Privatkläger/-innen und Institutionen finanziell, ideell und organisatorisch stärken wird. Wir rufen alle gleichgesinnten Bürgerinnen, Bürger und Institutionen auf, diese Erklärung ebenfalls zu unterzeichnen und das gemeinnützige Bündnis durch ihren Beitritt sowie durch Spenden zu unterstützen.

#### **Ich stimme dieser Resolution zu:**

---

Name

ggf. Institution

---

Adresse

---

Ort, Datum

---

Unterschrift